

Salzburger Nachrichten

FREIE TAGESZEITUNG FÜR DIE ÖSTERREICHISCHEN BUNDESLÄNDER

5021 Salzburg, Bergstraße 14, Telefon (0 62 22) 77 5 91-0, Fernschreiber 06/3583; 1010 Wien, Rotenturmstraße 25, Telefon (0 22 2) 63 44 36, 4010 Linz, Gesellenhausstraße 21, Telefon (0 73 2) 61 6 47. Der monatliche Abonnementpreis beträgt bei Abholung im Verschleiß S 82,—, bei Zustellung ins Haus durch Post oder Träger S 90,—. / Einzelpreis: Lit 750,—; Din 12,—; sfr 1,50; DM 1,50

Nummer 99 * 36. Jahrgang

Samstag, 26. / Sonntag, 27. April (1980 04 26/27)

P.b.b. Verlagspostamt 5029 Salzburg S 6,—
Erscheinungsort Salzburg

HORNBERGER MORALSCHIESSEN

GERHARD NEUREITER

Die abgelaufene Woche brachte die bisher größte Panne in der Regierungspropaganda des Kabinetts Kreisky, das nunmehr zehn Jahre ohne Unterbrechung, mit einigen Auswechslungen in Ressorts, im Amt ist. Anstelle von Jubiläumsfeiern, zu denen Texte vorbereitet und auch ausgesendet wurden, veranstalteten der Bundeskanzler und sein Vizekanzler vor der gesamten österreichischen Bevölkerung ein Hornberger Schießen um die Steuerberatungskanzlei Consultatio des Finanzministers. Hornberger Schießen pflegen, wie man aus der Geschichte und aus Sprichwörtern weiß, zu keinem Ergebnis zu führen. So war das auch nach außen hin bei der Schlacht um die Consultatio, obwohl nicht viel gefehlt hätte und der Finanzminister hätte sich — wie einst Götz von Berlichingen auf die Burg Hornberg — in die Consultatio zurückgezogen.

Nach innen (sowohl in der SPÖ wie in der gesamten politisch interessierten Bevölkerung Österreichs) ist das Thema nicht abgeschlossen. Bundeskanzler Bruno Kreisky hat zwar in einem Gespräch mit den SN gemeint, man müsse schon sehr böswillig sein, wenn man die neue Abmachung zwischen ihm und seinem Finanzminister über die Treuhänderschaft an der Consultatio nicht als befriedigend betrachte, dennoch bleiben viele Fragen in Richtung Politik und Privatgeschäft offen.

In Wien hat vor rund drei Jahrzehnten ein Herr (Ritter von) Kink, als er Präsident der Handelskammer wurde, alle Angehörigen seines Betriebes zusammengerufen und ihnen mitgeteilt, daß seine Firma ab sofort keine Aufträge mehr von öffentlichen Stellen annehmen werde.

Als vor zehn Jahren am 21. April der junge und sehr tüchtige Steuerberater und Wirtschaftsprüfer Hannes Androsch Finanzminister wurde, gründete er am 11. Juni 1970, also etwa sechs Wochen nach seiner Berufung in das Regierungamt, die Consultatio, an der er mit 51 Prozent beteiligt ist. 24 Prozent gehören seiner Gattin (von Beruf Juristin) und 25 Prozent seinem Geschäftsführer Franz Bauer. Daneben besteht die Steuerberatungskanzlei Dr. Androsch, die vom Vater übernommen und von der Mutter als Witwenfortbetrieb weitergeführt worden war. Der Sohn hatte die Buchprüferqualifikation erworben und angesichts des Witwenbetriebes eine Lebensalterdispens erreicht, das heißt, er durfte mit 27 Jahren die Kanzlei betreiben und nicht erst mit 30, wie das gesetzlich vorgesehen ist. Mit 32 wurde er Finanzminister.

Im Streit um die Frage, ob denn nur Beamte oder Parteifunktionäre in die Politik dürften und alle Privatunternehmungen der politischen Moral widersprächen, wurde bisher immer ins Treffen geführt, man dürfe Androsch nicht die private Existenz nehmen. Das trifft hundertprozentig zu. Niemand würde sich aufregen, hätte der Finanzminister seine Kanzlei Androsch durch einen Substituten weiterführen lassen, (was ja auch geschehen ist). Rechtsanwälte in der Politik, wie etwa der Justizminister, tun das seit langem. Der springende Punkt ist, daß er als amtierender Finanzminister zusätzlich die Consultatio gegründet, also eine Firma in Sachen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung aufgemacht hat.

Abgesehen von der von Kreisky zitierten Böswilligkeit muß man schon ein sehr weites Herz haben, um eine solche Vorgangsweise als Musterbeispiel politischer Moral hinzustellen.

Das löst allerdings nicht die Frage



DIE TEHERANER FEIERTEN VOR US-BOTSCHAFT DAS SCHEITERN DER AMERIKANER
Mit Hupkonzerten und Freudentemonstrationen zeigten die Iraner Freitag nach dem Bekanntwerden des gescheiterten US-Befreiungsversuches ihre Freude über den vermeintlichen Sieg über die Großmacht USA.

Funkbild: SN/UPI

Verheerende Folgen des Geiseldramas

CLEMENS M. HUTTER

Der Erfolg hat viele Väter, die Niederlage ist eine Waise. Mit dem Fehlschlag bei dem Versuch, die Geiseln aus der Teheraner US-Botschaft zu befreien, erlitt Carter eine verheerende Niederlage; verheerend vor allem ob ihrer psychologischen Wirkung. Alle Welt fragt, wie sich die Supermacht USA auf eine höchst riskante Operation einlassen konnte und wie vertrauenswürdig die militärische Schlagkraft der USA überhaupt sei.

Daß die Operation an einer technischen Panne scheiterte, dürfte das vergleichsweise geringste Übel sein, obwohl die taktische Überraschung des Iran nach allem Anschein perfekt gelang. Die Frage ist nicht zu unterdrücken, welches Rezept sich wohl US-Strategen zu recht gelegt haben, um unlösbar scheinende Probleme zu meistern. Die US-Botschaft liegt im Zentrum der Riesenstadt Teheran. Sie ist besetzt und bewacht von mehreren hundert bewaffneten „Studenten“. Wie also überraschend landen und zuschlagen, ehe die Geiselnahme ihre mehrfach erklärte Mordabsicht verwirklicht hätten? Zudem sitzen drei US-Diplomaten in „Schutzhaft“ im iranischen Außenministerium — ebenfalls im Stadtzentrum. Die kalkulierbaren Chancen sprachen somit an diesem entscheidenden Punkt gegen das Unternehmen.

Planung und Durchführung dieser Operation sind eine Sache, die politische Entscheidung wiegt indessen noch schwerer. Gewiß, seit nahezu sechs Monaten schmachten 50 Amerikaner in Geiselhaft. Der Iran quittierte zwei Entscheidungen des Weltfriedensrates und eine Verfügung des Internationalen Gerichtshofes, daß die Geiseln unverzüglich freizulassen seien, buchstäblich mit Hohn. Wirtschaftliche Sanktionen der USA bewirkten ebensowenig wie Vermittlungsaktionen der UNO. Mußte Carter also endlich handeln?

Es klingt zynisch, ist aber Tatsache: Vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag läuft noch ein

der Freiberufler und Wirtschaftstreibenden in der Politik. Von unseren derzeit 183 Abgeordneten im Nationalrat sind über 110 Beamte oder Funktionäre von Parteien, Kammern und anderen Interessenvertretungen. Sie können jederzeit, wenn sie nicht mehr gewählt werden, auf ihre Beamten- oder Sekretärpositionen zurückkehren und haben ihre Existenz gesichert. Ein Frei-

berufler muß von vorne anfangen, wenn ihn die Politik nicht schon physisch kaputtgemacht hat.

Dafür gibt es das sogenannte Bezugsgehaltsgesetz aus 1972 für die Politiker. Es sieht vor, daß Abgeordnete zum Nationalrat nach zehn Jahren und Minister nach vier Jahren Pensionen bekommen, allerdings erst ab dem 55. Lebensjahr. Um den Rückweg in

Verfahren, das in nächster Zukunft ohne Zweifel mit einer Verurteilung des Iran enden dürfte. Konnte Carter nach fast sechs Monaten nicht noch zwei oder drei Wochen warten? Zudem ermannte sich die EG nun zu Solidarität mit den USA. In einem klug abgestuften Programm wäre Teheran bis Ende Mai unabwiesbar genötigt gewesen, endgültig Farbe zu bekennen. Konnte Carter wirklich nach einem halben Jahr den Geiseln nicht noch einen Monat zumuten?

Nun, da der Befreiungsversuch gescheitert ist, dürfte sich das Los der 50 Geiseln schwerlich bessern. Das zwingt abermals zur Frage, ob das unerhörte Risiko dem Vergleich mit den Folgen des Fehlschlages standhält.

An diesem Punkt regt sich der Verdacht, daß Carter nicht als Herr der Situation, sondern als Getriebener der Ereignisse alles auf eine Karte setzte. Trotz seiner Erfolge bei den Vorwahlen senkt sich die Kurve seiner Popularität immer steiler. Seine Außenpolitik liegt im Kreuzfeuer härtester Kritik. Die Öffentlichkeit wirft ihm seit Wochen Zaudern vor. Am schmerzlichsten trifft ihn jedoch die Anklage, es mangle ihm an Führungsqualitäten.

Hier schließt sich der Bogen von der politischen Schluppe zur persönlichen Tragödie: Carter trat sein Amt als Kämpfer für die Menschenrechte im Weltmaßstab an. Als er nun — nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen — mit militärischer Macht 50 Geiseln das Menschenrecht auf Freiheit zu verschaffen trachtete, scheiterte er vollständig.

Man sagt, daß gewinne, wer wage. Carter wagte sichtlich zu viel. Der Schaden aus dieser Niederlage ist nicht abzusehen. Daran ändert leider auch die Tatsache nichts, daß keineswegs Carters Entscheidung, sondern die erste von einem Staat gebilligte Geiselnahme Ursache dieser Entwicklung ist.

den Privatberuf zu erleichtern, wurden in das Bezugsgehaltsgesetz Abfertigungsbestimmungen eingebaut. Ein Minister erhält nach drei Jahren Amtszeit sein Gehalt ein Jahr lang weiter, wenn er ausscheiden muß. Das sind immerhin monatlich runde 100.000 Schilling brutto.

Diese Bestimmungen wurden in der Öffentlichkeit begrüßt, weil man sich

sagte, Politiker sollten während ihrer Amtszeit nicht von ihren Privatgeschäften abhängig sein und nachher nicht mittellos auf der Straße stehen. Sollte zufälligerweise einmal ein Architekt Bauenminister werden, dann muß er nicht sofort eine Baufirma dazu gründen, um nach seinem Ausscheiden aus der Politik nicht zu verhungern. Er wird ein Jahr das Ministergehalt weiterbezogen und in der Zeit wieder in sein Architekturbüro zurückfinden können.

Wenn man sagt, er hätte in der Politikerzeit privat mehr verdienen können, dann wäre er besser erst gar nicht in die Politik gegangen. Für gewisse Berufsgruppen bedeutet Politik zweifellos ein persönliches Opfer.

Unsere Politiker verstehen es allerdings, diese Opfer in Grenzen zu halten. Erst kürzlich ist der frühere Bautensprecher der ÖVP, Abg. Josef Letmaier, knapp nachdem er das Pensionsalter von 55 Jahren erreicht hatte und exakt nach zehnjähriger Funktionsdauer, die den Pensionsanspruch begründet, in den politischen Ruhestand getreten und als Staatspensionist in seine Baufirma zurückgekehrt. Dort hätte er wahrscheinlich die letzten zehn Jahre auch mehr verdient als im Wiener Parlament, aber er hat sich jetzt wenigstens nicht darüber beschwert. Dem Finanzminister haben ein Jahr Abfertigung und die Kanzlei Dr. Androsch als Sicherheit nicht genügt, er brauchte auch die Consultatio.

Vom Hornberger Schießen zwischen Kreisky und Androsch blieben also Überlegungen zur politischen Moral. Wie der Fall gezeigt hat, führen sie bei uns zu keinem besseren Ergebnis. Wenn angesichts solcher Vorbilder der Bürger in der Politik nur noch Geschäft vermutet: Wer will es ihm übelnehmen?

Sie lesen heute

	Seite
Theo M. Loch: Die Angst ruft neue Ängste hervor	3
Edith Jachimovsz zur Ausstellung „Sumer — Assur — Babylon“ in Linz	5
Ruediger Engerth: Schenks Inszenierung „Der Liebestrank“ in der Staatsoper	5
Herbert Mitterndorfer über das Krisenwunder Italien	10
Ein Rechtsanwalt auf 347 Salzburger	12
Zum Selbstmord und Wahnphänomenen	12
Austria Salzburg — Sturm Graz erst am 29. April	13
Motorrad-WM-Lauf auf dem Salzburger Ring abgesagt	14
Fritz René Allemann: Geheimnisse um Ausgrabungen von San Agustin	25
Doris Esser: Vom Lebensmittelpaket zu Space Mobil / Jubiläum der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft	26
Karl Heinz Ritschel: Geschichte aktuell	26
Thronwechsel in den Niederlanden	27
Stefan Andres: Der Schnurrbart des Giovanni	28
Ursula P. Zrdolick: Der Tod als Kompaß betrachtet / Buchbesprechungen	29
Linda Koreska: Bunte Glanzlichter im Pariser Modeherbst	30
Gottfried Grilnberger auf US-Autospuren	31
Radio- und Fernsehprogramm der kommenden Woche	49
Führer durch den Anzeigenteil	16

GESCHICHTE AKTUELL

Rom vor dem Niedergang

Jeder aufmerksame Venedig-Besucher kennt die weltberühmte Tetrarchen-Gruppe aus Porphyrt im Fassadeneck der Basilika von San Marco gegen die Piazza und die Piazzetta hin. Es ist eine Plastik syro-ägyptischer Kunst des vierten Jahrhunderts, die 1291 aus der von den Sarazenen zerstörten Stadt Acri in die Handelsmetropole gebracht wurde, als ein Gesetz befahl, jedes Handelsschiff müßte zum Schmuck von San Marco beitragen.

Diese Vier-Kaiser-Gruppe zeigt Diocletian, Maximian, Galerius und Constantius I., erinnert also an eine



DIE VIER KAISER VON SAN MARCO

Periode der Endzeit des römischen Weltreiches. Anlaß, daran zu erinnern, ist der 1. Mai des Jahres 305, als Diocletian freiwillig sein kaiserliches Amt zurücklegte und seinen Mitregenten Maximian zum gleichen Schritt nötigte. An ihre Stelle traten Constantinus Chlorus — der „Bleiche“ — und Galerius, die wiederum zwei Cäsaren, nämlich Severus und Maximus, an ihre Seite wählten, womit jene chaotischen Thronstreitigkeiten eingeleitet wurden, aus denen schließlich Constantian der Große, der Sohn des Constantinus Chlorus, als Alleinherrscher hervorging.

Am beginnenden 3. Jahrhundert war der Zusammenbruch des Weltreiches unausbleiblich geworden, die Prätorianergarde machte zum Kaiser, wer ihr mehr bot, Legionen außerhalb Roms, die vom Geldregen ausgeschossen waren, riefen ihre eigenen Befehlshaber zum Herrscher aus und marschierten gegen Rom. In kurzer Folge wechselten die Herrscher und fast jeder starb eines gewaltsamen Todes.

Das Heer rief 284 nach der Ermordung des Kaisers Probus den Diocles, den Sohn eines dalmatinischen Edelmannes, zum Imperator aus. Der Mann nannte sich von nun an Diocletian und hatte neben einer anerkannten großen Begabung eine wechselhafte Moral, die seiner Karriere förderlich gewesen war. Er hatte ein Konsulat, ein Prokonsulat hinter sich und war Kommandant der Palastwache geworden. Diocletian aber bewährte sich als Staatsmann, denn er reorganisierte noch einmal das Reich.

Der Kaiser gab Rom als Hauptstadt auf und übersiedelte mit seinem Hof nach Nikomedien, wenige Meilen südlich von Byzanz. Der Senat tagte zwar weiter in Rom, aber die Herrschaft ging nach dem Osten. Diocletian begründete den Schritt mit der Verteidigung Europas und Asiens, was nicht von einer südlich der Alpen gelegenen Stadt getan werden konnte. Er

ernannte deshalb den Feldherrn Maximianus 286 zum Mitkaiser und übergab ihm die Verteidigung des Westens, also Italiens, Afrikas und Spaniens. Aber auch Maximian residierte nicht in Rom, sondern in Mailand. Sechs Jahre später ernannte jeder der beiden Imperatoren einen Helfer und Thronfolger. Diese beiden Cäsaren waren Galerius an der Seite Diocletians, der seinen Sitz in Sirmium oder Thessalonice nahm und die Donauprovinzen verwaltete, während Maximian an der Seite des Constantinus Chlorus sich in Trier ansiedelte und Gallien sowie Britannien verwaltete. Beide Kaiser gelobten, nach zwanzigjähriger Regierungszeit zugunsten ihrer Cäsaren abzutreten, die dann ihrerseits wieder Cäsaren als Mitregenten und Thronfolger ernennen sollten. Beide Imperatoren aber gaben ihrem Cäsar eine Tochter zur Frau, um die gesetzliche Basis durch Blutsbande zu festigen.

Die Monarchie war geteilt, aber dennoch absolut, was auch die Tetrarchen-Gruppe von San Marco zeigen sollte, denn die Umarmung der Regenten verkündete in dieser Geste die Eintracht der Herrscher.

Der Absolutismus wurde ganz deutlich ausgeprägt, die alten, aus der Republik stammenden Organe, wie der Senat und die Jahresmagistrate, wurden politisch zu Diskussionsrunden unschädlich gemacht und alle Ämter allein den Herrschern unterstellt.

Das bedingte auch eine stärkere Hinwendung zur römischen Götterwelt. Schließlich war der Herrscher von altersher dem Wesen der Gottheit teilhaftig. Er trug sein Charisma von der Gottheit und trug den Geist der Gottheit in sich selber. Diocletian berief sich auf die Götter Jupiter und Hercules, die traditionsgemäß den Kern der Religion im Heere beherrschten. Auch das Zeremoniell des Hofes zeigte diese Ausprägung: absoluten Anspruchs, denn Zepter und Globus waren die Zeichen des Weltregierenden, und in den bildlichen Darstellungen wurde das Haupt des Kaisers mit dem Nimbus, dem überirdischen Lichtschein, umgeben; Krone und Throninsignien der mittelalterlichen Kaiser gingen auf diese Vorbilder zurück.

Eine Gruppe von Menschen aber weigerte sich, diese Göttlichkeit anzuerkennen: die Christen. Das aber führte zur scharfen Christenverfolgung, weil der Staat, um seine eigenen religiösen Satzungen zu erfüllen, die Ausrottung des Christentums vorantreiben wollte. Diese Verfolgung, die 303 begann, dauerte acht Jahre; vermutlich wurden etwa 1500 Christen getötet.

Diocletian hatte ursprünglich befohlen, jene Christen, die den römischen Göttern die Ehre erwiesen, freizulassen. Wer sich diesem Befehl widersetzte, sollte jedoch allen Folterungen unterzogen werden. Das führte zu grausamen Szenen, die Zahl der Märtyrer wuchs, aber selbst unter heidnischen Bürgern wuchs gleichzeitig das Mitleid und immer mehr Menschen distanzieren sich von den grausamen Foltermethoden der Regierung.

Inzwischen aber war Diocletian — und mit ihm Maximian — 305 zurückgetreten. Diocletian zog sich in seinen Palast in Spalato (Split) zurück und sah zu, wie seine Tetrarchie in den folgenden Bürgerkriegen zusammenbrach. Er weigerte sich, an die Macht zurückzukehren und schrieb Maximian, der ihn dazu aufgefordert hatte, würde dieser den Kohl sehen, den er in seinem Garten ziehe, würde er nicht von ihm verlangen, so ein zufriedenes Leben aufzugeben.

Als die beiden nachgefolgten Kaiser, Augustus Galerius und Augustus Constantius I., nun ihrerseits im Jahr 305 zwei Cäsaren, nämlich Severus und Maximianus Daza, einsetzen ließ, forderte durch das Erblichkeitsprinzip die Kriegerfurie auf: Maxentius, der Sohn des Maximianus, wollte die Herrschaftsgewalt des Vaters für sich gewinnen, und Flavius Valerius Constantinus, der illegitime Sohn des Constantius und dessen gesetzmäßiger Konkubine Helena, peilte das gleiche Ziel an. Beide ließen sich zum Augustus ausrufen. Ein Streit, der im Oktober 312 auf den Feldern vor Rom ausgefochten wurde. Constantian, der nach einer Vision seine Krieger unter dem Symbol Christi antreten ließ, siegte. Karl Heinz Ritschel

Vom Lebensmittelpaket zum Space Mobil

Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft ist zehn Jahre älter als Staatsvertrag — Neue Kontakte

DIE STÄDTE lagen in Schutt und Asche, es fehlte am Nötigsten. Lebensmittel waren knapp, Brennstoff kaum zu haben. Es spricht für den Optimismus der Menschen, die gerade ihr Leben, die nackte Existenz gerettet hatten, an etwas Höheres, Idealistisches wie Frieden, Toleranz, Freundschaft und Völkerverständigung zu glauben. In der Versteckung nach einem Krieg, der mehr Grauen und Schrecken in die Häuser und in die Familien gebracht hat, als alle bisherigen Kriege zusammen, waren alle bestrebt, es diesmal besser zu machen, aus Fehlern zu lernen, miteinander statt gegeneinander zu gehen.

Ein Ausdruck dieses Neubeginns waren die Bemühungen um die Gründung einer Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft, in einer Zeit, in der die „Vier in einem Jeep“ — der Russe, der Amerikaner, der Franzose und der Engländer — durch das von den Alliierten besetzte Wien führten. Am Anfang — die Gesellschaft wurde bereits im Juli 1945 in Wien gegründet — stand weniger das Reden als das Handeln: fünfzig amerikanische Highschools wurden aufgerufen, die Patronanz über mehr als fünfzig österreichische Mittelschulen zu übernehmen. Das Echo war spontan. Fünfzig Highschools nahmen tatsächlich mit Mittelschülern in Österreich Kontakt auf. Sie sammelten für Brennstoff, Schulbücher, Schulhefte und für Lebensmittel. Eine Tafel Schokolade hatte Seltenheitswert. Zum Abschluß dieser ersten Aktion revanchierte sich Österreich, so gut es konnte: Zum Dank wurden achtzig amerikanische Studenten eingeladen, zwei Wochen hindurch Österreich kennenzulernen.

DER KONTAKT, waren sich alle einig, könnte am besten über die Jugend gepflegt werden. Die Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft gründete daher 1949 eine Sommerschule, deren Aufgabe nicht nur das bloße Studieren war: amerikanische Studenten sollten ein profundes Wissen über Österreich erhalten. Die erste Sommerschule wurde in Thumersbach am Zeller See im Salzburger Pinzgau abgehalten. 1957 entwickelte sich daraus die „Salzburger Summer School“, die heute noch, mittlerweile in Kleßheim, betrieben wird.

Ursprünglich sollte der Verein „Gesellschaft zur Pflege der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika“ heißen. In dem mit 4. Jänner 1946 datierten Schreiben des Innenministeriums an den Wiener Magistrat wurde höflich mitgeteilt, daß „deren Bildung nicht untersagt werden würde“. Kurze Zeit später wurde die erste Generalversammlung abgehalten. „Zustellungsbevollmächtigter war für den Gründungsausschuß der heute noch als Generalsekretär der Gesellschaft tätige Professor Karl Schrems. Im Juni 1946 wurde der Verein in „Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft“ umbenannt.

Was in Wien ohne besondere Vorkehrungen über die Bühne ging, stieß in Salzburg auf einige Hürden. Wider Erwarten geschah etwas Unerwartetes: Obwohl die Statuten der gesamtösterreichischen Vereinigung vom Innenministerium genehmigt und von der US-Besatzungsbehörde in Wien zur Kenntnis genommen worden waren, erhielt die Sicherheitsdirektion in Salzburg am 17. Juni 1946 die ablehnende Mitteilung: „Non approved“. Der damalige Sicherheitsdirektor in Salzburg, Hofrat Bruno Hantsch, notierte: „Sachverhalt: Die Militärregierung hat ihre Zustimmung zur Bildung des genannten Vereines nicht gegeben. Infolgedessen darf eine Tätigkeit des genannten Vereines nicht entfaltet werden. Jede Zuwiderhandlung dagegen würde die strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen.“ Gründe für die ablehnende Haltung waren der Sicherheitsdirektion nicht bekanntgegeben worden.

DIE PROPONENTEN des Vereines nahmen diese Absage mit Gleichmut hin und formierten sich zur Gründungsversammlung, die überaus feierlich im Ständesaal des Salzburger Regierungsgebäudes begangen wurde. Die Proponenten waren bekannte Salzburger Persönlichkeiten, so Oberbürgermeister Rudolf Hanf, Gilbert Schuchter, Konzertpianist, Bohuslav Soucek, Kunstmaler, Karl Hans-Peter Schloßer, Journalist, Karl Polly, Redakteur, Hans Hofmann-Montanus, Landesverkehrsdirektor und Baron Heinrich Puthon, Präsident der Salzburger Festspiele. Die Sicherheitsdirektion hatte zu den angeführten Proponenten vermerkt: „Gegen die Personen liegt in gerichtlicher sowie

staatspolizeilicher Hinsicht nichts Nachtelliges vor“.

Die „Salzburger Nachrichten“ würdigten die Gründungsversammlung: „Die Sektion Salzburg tritt vor die Öffentlichkeit, um ihrer großen, völkerverbindenden Idee zu dienen.“ In den Vorstand wurden auch die Chefredakteure der Salzburger Tageszeitungen berufen: Gustav Tagnaval von den „Salzburger Nachrichten“, Luis Grundner von der „Salzburger Volkszeitung“, Josef Kaut vom „Demokratischen Volksblatt“ und Max Stern vom kommunistischen „Salzburger Tagblatt“.

Formell ging das Ringen um Anerkennung weiter. Im November 1946 teilte ihm Ministerialrat Eduard Chaloupka vom Bundeskanzleramt mit, daß der Vorstand der „Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft“ in Salzburg derzeit überprüft werde. Das Verfahren dauere schon längere Zeit und sei durch die Aufnahme der Tätigkeit der Gesellschaft in Salz-

GESAMTÖSTERREICHISCH betrachtet war die Gesellschaft all die Jahrzehnte hindurch bestrebt, sich an aktuellen Problemen zu orientieren. In den fünfziger Jahren wurden die „American Days“ gepflegt — mit Sportveranstaltungen und Kulturbeiträgen in allen Bundesländern. Die sechziger Jahre standen zweifellos im Zeichen der Raumfahrt, dem besonderen Stolz der Amerikaner. Gemeinsam mit der NASA veranstaltete die Gesellschaft 1965 eine Wanderausstellung mit Raketen und Satelliten und nannte alles zusammen „Space Mobil“. Die Eroberung des Mondes förderte das Interesse an der US-Raumfahrt ganz beträchtlich: Astronauten waren gern gesehene Gäste und wurden von Land zu Land „herumgereicht“.

In diese Zeit fiel auch eine Modernisierung des Sprachunterrichtes. In Salzburg-Kleßheim wurde das erste Sprachlabor für den Schulunterricht aufgebaut. Wer heute



VORSTAND DER ÖSTERR.-AMERIKANISCHEN GESELLSCHAFT

Seit Jahren pflegen die Mitglieder der vor 35 Jahren in Österreich gegründeten Gesellschaft Kontakte zwischen Österreich und Amerika. Im Bild von links der Vorstand der Salzburger Gesellschaft bei einem Empfang in der Salzburger Residenz, zu dem Landeshauptmann Wilfried Haslauer geladen hatte: Sigrid Stadler, Leiterin des „Institutes für Studien in Salzburg“, der Salzburger Bankier Heinrich Spängler, derzeit Präsident, Theodor Worth-Rowley, Kurt Taylor, Irene Collins, Professor Erwin Stürzl, Landesverkehrsdirektor Werner Oppitz, Vizepräsident des Vereines.

burg behindert. Die Eile, mit der sich die Salzburger über Formsachen hinweggesetzt hatten, schien einigen suspekt. Ein reger Briefwechsel zwischen Salzburg und Wien sowie in umgekehrter Richtung beschäftigte die Post. Am 17. Februar ist die salomonische Lösung perfekt: Safety Officer Captain Donald A. Richardson weist darauf hin, daß die Sektion Salzburg ein Mitglied des in Wien erlaubten Dachverbandes sei — eine Einzelgenehmigung zum Aufbau der Gruppe sei daher nicht erforderlich.

WERDE ÖSTERREICH in wirtschaftlicher Hinsicht auch der nehmende Teil sein, so könne es auf kulturellem Gebiet, aus reichen Quellen schöpfend, der ganzen Welt sehr vieles geben. Präsident Rudolf Hanf zeichnete die Linie, die die Gesellschaft verfolgen werde: „Diesen Ausgleich im Dienste des Weltfriedens zu fördern, ist der tragende Gedanke der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft, ein Rüstungswerk der Völkerverständigung.“

Den Weltfrieden zu fördern und Kulturwerte zu vermitteln sind Ziele, die die Gesellschaft seit 35 Jahren in Österreich und seit fast 35 Jahren in Salzburg verfolgt. Das Programm wird politisch, wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich verfolgt. Ein Präsident übernahm in Salzburg die Leitlinie wie ein Vermächtnis des anderen. Auf Rudolf Hanf folgte 1951 der Dirigent und Professor am Salzburger Mozarteum, Hermann von Schmeidel. Nach dessen Tod folgte ihm der mittlerweile in den Ruhestand getretene Sicherheitsdirektor Bruno Hantsch, nach ihm wurde Mobil-Oil-Direktor Karl Svata zum Präsidenten gewählt. Die letzten drei Präsidenten: Rechtsanwalt Theodor von Kovarbasic, Professor Wilhelm Schaub-Weinberg und seit 1978 der Salzburger Bankier Heinrich Spängler.

Da Salzburg bis zum Jahr 1955 Sitz der amerikanischen Militärregierung und Hauptquartier der US-Truppen in Österreich war, spielte die „Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft“ auch eine wichtige Mittlerrolle, und sie knüpfte Kontakte, die ohne sie nie zustande gekommen wären. Auch nach dem Abzug der US-Truppen vor 25 Jahren blieben kulturelle Einrichtungen wie das vielbesuchte Amerika-Haus bestehen — dessen Leiter James A. Rogers wurde 1960 zum Vizepräsidenten der Gesellschaft gewählt. Eng war stets auch die Zusammenarbeit mit dem Amerikanischen Konsulat: mit Frau Generalkonsul Rebecca Wellington beispielsweise oder Konsul Clifford J. Quinlain, den Salzburgern noch gut in Erinnerung.

einen der Englischkurse oder Deutschkurse in Wien oder in Salzburg besucht, kann den jüngsten Stand an audiovisuellen Unterrichtsmethoden ausnützen. Überhaupt sind Fremdsprachenunterricht, Studienaustausch und Studentenpraktikum wesentliche Aufgaben der Gesellschaft. Zum drittenmal wird 1980 vom 13. bis 26. Juli in Salzburg-Kleßheim ein Englisch-Intensivseminar abgehalten, an dem Interessenten aus ganz Österreich teilnehmen werden.

VORBEREITET wird derzeit ein Praktikum für Wirtschaftsstudenten, die ein halbes Jahr in Amerika die Möglichkeit haben werden, in einem Betrieb zu arbeiten. Studenten der Landwirtschaft wird Gelegenheit gegeben werden, im Sommer auf amerikanischen Farmen zu arbeiten. Verschiedene Einrichtungen, die ursprünglich nur auf Amerika und Österreich ausgerichtet waren, haben einen internationalen Anstrich bekommen. Die Summer School in Salzburg-Kleßheim beispielsweise wird mittlerweile von Studenten aus sechzehn Nationen besucht.

Auf Einladung der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft werden dieser Tage zwei Gouverneure von Indiana und South Dakota Wien, der Steiermark und Salzburg einen Besuch abstatten. Gouverneure haben in den Vereinigten Staaten etwa dieselben Funktionen wie der Landeshauptmann. Im Bundesland Salzburg werden Governor Otis Brown aus Indiana und Governor William J. Janklo aus South Dakota Gäste von Landeshauptmann Wilfried Haslauer sein.

HABEN SICH DOCH die Beziehungen zwischen Amerika und Österreich in den mehr als drei Jahrzehnten wesentlich geändert, hat die Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft eine wichtige Aufgabe immer im Auge behalten: Gleichgültig, ob auf politischer, gesellschaftlicher oder kultureller Ebene, überall stand das Bemühen um Verständnis, um Aufklärung bei Mißverständnissen, um ein besseres Kennenlernen, um neue Kontakte im Vordergrund. Freundschaften, die vor Jahren geschlossen wurden, werden heute noch immer gepflegt — über die Kontinente hinweg. Dank der ungezählten Vorträge über Land und Leute, sind Österreicher wie Amerikaner um wertvolles Wissen reicher geworden — zum Vorteil auf beiden Seiten. So betrachtet, war die Gründung der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft ein Vorbote des Österreichischen Staatsvertrages, der erst zehn Jahre später zustande kam. Doris Esser